



Medienkommentar

Werbefreiheit für Abtreibungen – wer profitiert davon?



Aktuell wird in Deutschland wieder über den Abtreibungsparagrafen §219a diskutiert. Darin ist festgelegt, dass für Schwangerschaftsabbrüche oder Abtreibungen nicht geworben werden darf. Das Gesetz soll nun laut Forderung von Justizministerin Katarina Barley von der SPD abgeschafft werden. Vordergründig wird argumentiert, schwangeren und dadurch in Not geratenen Frauen helfen zu wollen. Doch ist dem so? Geht man der Sache genauer auf den Grund, stößt man auf große Widersprüche. Es drängt sich die Frage auf, wer denn nun wirklich von einer Werbefreiheit profitieren würde?

Aktuell wird in Deutschland wieder über den Abtreibungsparagrafen §219a diskutiert. Darin ist festgelegt, dass für Schwangerschaftsabbrüche oder Abtreibungen nicht geworben werden darf. Wer die Förderung von Schwangerschaftsabbrüchen durch Dienste, Verfahren oder Gegenstände sowie durch die Verbreitung von Schriften anbietet, ankündigt oder anpreist, werde mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft. Das Gesetz soll nun laut Forderung von Justizministerin Katarina Barley von der SPD, den Grünen sowie der Partei der Linken abgeschafft werden. Dies würde dazu führen, dass durch Werbefreiheit die letzte Hemmschwelle, ungeborenes Leben zu töten, auch noch beseitigt würde. Von verschiedenen Bundesländern wurde bereits ein dementsprechender Antrag beim Bundesrat eingereicht. Vordergründig wird argumentiert, schwangeren und dadurch in Not geratenen Frauen helfen zu wollen. Im Jahr 2017 wurden in Deutschland ohne Dunkelziffer über 100.000 Abtreibungen durchgeführt. Dies entspricht immerhin der Einwohnerzahl einer Großstadt. Höchstwahrscheinlich wird durch die Abschaffung des Werbeverbots die aktuelle Zahl von 100.000 Abtreibungen jährlich immens in die Höhe schnellen.

Zudem werden die Warnungen fachkundiger Gegenstimmen über die schwerwiegenden Folgeschäden für Frauen, die ihre Kinder abtreiben, völlig außer Acht gelassen. Denn laut der Frauenschutzorganisation „Pro Femina“ leiden sehr viele Frauen früher oder später nach durchgeführten Abtreibungen unter massiven psychischen und körperlichen Belastungen wie zum Beispiel Schuldgefühlen und Depressionen, Gefühlskälte sowie Migräne oder Herzbeschwerden.

Reinhard Klein, der Vorsitzende des Pforzheimer Vereins „Hilfe zum Leben“, warnt, es würde in unserer Gesellschaft zu wenig über die Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs aufgeklärt.

„Theoretisch muss jeder Arzt seinen Patienten bei einer Operation über jede noch so kleine Möglichkeit einer Folge aufklären. Wir haben aber noch nie gehört, dass das in diesem Fall tatsächlich je gemacht wurde. Uns ist wichtig, klar und eindeutig über die möglichen Folgen aufzuklären, denn was Frauen unserer Ansicht nach in dieser Situation brauchen, ist eine positive Einstellung zum Kind und eine Mut machende Unterstützung. Wir sind überzeugt davon, dass, würden sich alle Frauen outen, denen es nach einer Abtreibung psychisch schlecht ging, es eine neue Diskussion zum (Abtreibungs-) Paragraph 218 geben würde und

das will anscheinend keiner.“

Auch der neue Gesundheitsminister Jens Spahn von der CDU kritisierte in der gegenwärtigen Debatte um die Abschaffung des Gesetzes die Doppelmoral der politischen Gegner und meinte dazu wörtlich: „Wenn es um Leben von Tieren geht, da sind einige, die jetzt für Abtreibungen werben wollen, kompromisslos. Sie setzen sich mehr für das Leben von Tieren ein als für ungeborene Kinder. Es wird gar nicht mehr berücksichtigt, dass es um ungeborenes menschliches Leben geht.“

Dies wirft natürlich die Frage auf, warum die SPD, die Grünen und die Linken das Werbeverbot aufheben wollen, da sich doch gerade diese Parteien den Schutz der Schwachen und auch der Frauen auf die Fahnen geschrieben haben. Durch öffentliche Werbung wird aber eine freie Meinungsbildung unterbunden und somit die werdenden Mütter dahingehend beeinflusst, eine Entscheidung zu treffen, unter der sie dann womöglich ein Leben lang leiden würden. Diese bekannten und gravierenden Belastungen für die betroffenen Frauen werden allerdings völlig ignoriert. Warum werden also Abtreibungen forciert, anstatt den werdenden Müttern eine solide materielle Grundlage zu bieten, die ihnen eine freie Entscheidung möglich macht?

Außerdem leidet Deutschland unter fehlendem Nachwuchs und eine Vergreisung der Gesellschaft wird befürchtet. Aber genau die gleichen Parteien, die für Abtreibungen werben wollen, proklamieren das Auffüllen der fehlenden Fachkräfte mit Menschen aus dem Ausland. Denn die Zahl der Abtreibungen hält sich ungefähr die Waage mit der Anzahl der Menschen, die nach Deutschland einwandern sollen. Somit machen sie einerseits Werbung für Abtreibung der Kinder und andererseits für die Einbürgerung ausländischer Menschen. Das ist ein großer Widerspruch in sich.

Zum Dritten dient Werbung grundsätzlich dazu, den Profit zu steigern. Profitieren würden dabei v.a. Ärzte und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, Pharmaunternehmen, welche die Abtreibungspräparate herstellen, und verschiedene Nicht-Regierungsorganisationen. In so einer folgenschweren Entscheidung soll es aber auf keinen Fall erlaubt sein, kommerzielle Interessen zu berücksichtigen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass bei einer Aufhebung des Werbeverbots für Abtreibungen einige davon profitieren, nur aber nicht die, welche es wirklich betrifft. Nicht profitieren werden die hilflos zurückgelassenen Frauen, welche unter den schwerwiegenden Folgeschäden physischer und psychischer Art einer Abtreibung leiden.

von ga / rh

Quellen:

<https://www.profemina.org/info-abtreibung/abtreibung-risiken-und-folgen/seelische-folgen-einer-abtreibung>

https://www.t-online.de/leben/familie/schwangerschaft/id_45022496/abtreibung-immer-weniger-frauen-brechen-schwangerschaft-ab.html

<https://www.compact-online.de/deutschland-treibt-sich-ab-101-200-schwangerschaftsabbrueche-im-letzten-jahr/>

https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_219a.html

<https://www.haus-samaria.de/oeffentlichkeitsarbeit/vortraege/142--seelische-folgen-fuer-die-frau.html>

Augsburger Zeitung vom 19. März 2018 „Spahn geht auf Angriff“

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-und-sein-satz-zur-abtreibung-sorgen-fuer-massive-kritik-a-1198691.html>

<https://www.zukunft-ch.ch/das-geschaeft-mit-der-abtreibung/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Abtreibung - www.kla.tv/Abtreibung

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.